

VW und Trump: Sonderzölle im Fokus - Besuch in Washington verspricht Investitionen!

Deutsche Automobilhersteller verhandeln 2025 über Zollregelungen mit der US-Regierung, um Handelskonflikte zu lösen.



Vienna, Österreich - Die deutschen Autobauer, insbesondere Volkswagen, BMW und Mercedes, stehen vor erheblichen Herausforderungen im Zuge des Zollstreits mit den USA. Seit Anfang April 2025 gelten 25-Prozent-Zölle auf Fahrzeugimporte in die USA, was die Verhandlungen zwischen den Automobilherstellern und der US-Regierung unter Präsident Donald Trump intensiviert hat. **Vienna.at berichtet**, dass Volkswagen direkte Gespräche mit der US-Regierung führt, um eine Sonderregelung und einen möglichen Zolldeal zu erwirken.

Volkswagen-Konzernchef Oliver Blume reiste nach Washington,

um die Interessen des Unternehmens beim US-Handelsministerium zu vertreten. Laut den Informationen plant VW massive Investitionen in den USA, um seine Marktpräsenz auszubauen. Derzeit beschäftigt der Konzern etwa 20.000 Menschen direkt und zusätzliche 55.000 über Zulieferer. Neben Personenkraftwagen produziert Volkswagen auch Schulbusse und Lkw in den Vereinigten Staaten.

Verhandlungen über Zollfragen

In den Gesprächen betont Blume den regelmäßigen Austausch mit dem Handelsministerium und die zentrale Rolle des US-Präsidenten in den Verhandlungen. Der diskutierte Plan sieht vor, Importe deutscher Fahrzeuge durch Exporte aus US-Werken zu verrechnen. Dies könnte den europäischen Herstellern zugutekommen und die Verhandlungsposition stärken. Mit einer Einigung wird bis Juni 2025 gerechnet, da die deutschen Automobilhersteller hoffen, schnell eine Lösung zu finden.

Die Situation wird durch zahlreiche rechtliche Herausforderungen verschärft. Ein Update vom 30. Mai berichtet, dass ein US-Berufungsgericht einen Antrag der Trump-Regierung auf vorübergehende Aussetzung der Zollverfahren genehmigt hat. Dies bedeutet, dass die Regierung bis zum 9. Juni Stellungnahmen einreichen muss. Die Zölle, die Trump im Rahmen des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) erlassen hat und die vom Handelsgericht als nicht legitim bewertet wurden, sollen wieder in Kraft treten, was zusätzliche Unsicherheit schafft. Laut den Informationen von **AHK USA** bleiben die Zölle auf Stahl, Aluminium und Automobile von diesen rechtlichen Änderungen unberührt.

Kontext der Handelsbeziehungen

Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA stehen ebenfalls auf der Kippe. Trump hat empfohlen, ab dem 1. Juni 2025 einen pauschalen 50 %-Zoll auf Importwaren aus der EU zu erheben. In diesem Kontext hat die EU ein umfassendes

Deeskalationsangebot unterbreitet, das Zollsenkungen sowie erhöhte Importe von US-Flüssigerdgas und Sojabohnen umfasst. Angesichts dieser angespannten Lage kündigte Trump an, die Verhandlungen bis zum 9. Juli zu verlängern.

Diese Entwicklungen zwingen die europäischen Automobilhersteller dazu, strategisch zu handeln und ihre Positionen in einem sich schnell ändernden Handelsumfeld zu sichern. Die kommenden Wochen werden entscheidend sein, um zu bestimmen, wie sich die Zölle auf den Automobilsektor auswirken und ob eine Einigung erzielt werden kann, die für alle Beteiligten akzeptabel ist.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.manager-magazin.de • ahk-usa.net

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at